Zeitschrift: ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische Militärzeitschrift

Herausgeber: Schweizerische Offiziersgesellschaft

Band: 165 (1999)

Heft: 10

Artikel: Weltspitze in Sachen Sicherheit? : zum Dialog gehört die Beantwortung von Fragen

Autor: Däniker, Gustav

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-66018

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 21.11.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Weltspitze in Sachen Sicherheit?

Zum Dialog gehört die Beantwortung von Fragen

Gustav Däniker

Der Bundesrat hat der Bundesversammlung am 10. Juni 1999 seinen neuen Bericht über die Sicherheitspolitik vorgelegt. Sein Motto «Sicherheit durch Kooperation» hat neben viel Zustimmung auch Kritik erfahren. Letztere besteht vorläufig vor allem aus Beschimpfungen und einseitigen Behauptungen. Zur echten Diskussion gehört aber die sachliche Beantwortung aller kontroversen Fragen. Hier gibt es gerade im Hinblick auf das angekündigte Referendum zur Revision des Militärgesetzes dringenden Bedarf.

Gustav Däniker,
Dr. phil., Divisionär a D,
Coach der Projektleitung
Sicherheitspolitik 2000,
Rigistrasse 3, 8802 Kilchberg.

Wer die Kritik am Sipol B 2000 verfolgt, ist erstaunt über die verbissene Einseitigkeit einer lautstarken Fundamentalopposition. Sie behauptet, die neue Konzeption verletze unsere Verfassung, indem sie die Unabhängigkeit der Schweiz aufs Spiel setze; sie höhle die Neutralität aus; letztlich bedeute sie gar Landesverrat. Man wolle das Schweizer Volk «in die NATO zwingen», es «in fremde Händel verwickeln». Die «Schweizerzeit» ortet entsprechend einen «zunehmenden Widerstand gegen den Bericht» und verkündet trotzig: «Sicherheit durch Kooperation ist kein verbindlicher Leitspruch», wobei sie offenbar vergisst, dass der Bundesrat in dieser Frage die zuständige Entscheidungsinstanz ist.

«Mut zum Nein» als Problemlösung?

Generelle Polemik und Kritik an Details bestimmen Sprache und Inhalt. Zu den aktuellen Bedrohungen und zur Lageanalyse des Berichts, die den Bundesrat zur Entwicklung einer Strategie der doppelten Kooperation geführt hat, zu dieser Strategie gar, wird nirgends sachlich Stellung bezogen. Man sei eben für eine eigenständige Aussen- und Sicherheitspolitik und für eine Armee, die das Land aus eigener Kraft verteidigen könne. **Der Kernfrage nach den Möglichkeiten, Gewaltdrohung und Gewaltanwendung auch künftig fernzuhalten, weicht die Opposition beharrlich aus.** Dabei würde man nur zu gerne erfahren, auf welche andere Weise sie die künftige Sicherheit der Schweiz garantieren will. Der Vorschlag von Christoph Blocher vom Frühjahr 1998[1] reicht hiezu jedenfalls nicht aus. Verstärkung der Inneren Sicherheit, des Bevölkerungsschutzes, Aufrechterhaltung einer starken Armee und Aufwertung der Informatik sind schliesslich gleicherweise Postulate des Berichts. Aber glaubt man in diesem Lager wirklich im Ernst, eine strikte Neutralität, deren Stellenwert laufend sinkt, gestützt auf eine rein schweizerische Verteidigung, könne unser Land auch künftig gegen hochmoderne Streitkräfte, wie sie soeben gegen Jugoslawien im Einsatz standen, gegen Fern- und Massenvernichtungswaffen unverantwortlicher Drittstaaten, gegen grenzüberschreitende Unruhen oder transnationale Verbrecherbanden und Terrorismus schützen?

Kann sich die Opposition der Tatsache verschliessen, dass Stabilisierung und Krisenbewältigung zur Prävention von Grosskriegen und Flüchtlingsströmen im europäischen Umfeld auch in unserem Interesse liegen, und wenn ja, dass die Schweiz aus gesamtstaatspolitischen Gründen ebenfalls ihren friedenssichernden Beitrag leisten muss? Ihr Rat, die Schweiz solle sich auf Gute Dienste und humanitäre Hilfe beschränken, tönt auf den ersten Blick gut; ist aber kein Ersatz für eine umfassende Sicherheitspolitik. Damit wird man weder ruchlose Erpresser noch entschlossene Angreifer oder kriminelle Banden fernhalten können. Heute braucht es, so auch das einhellige Fazit aller unserer Nachbarn, eine konzertierte gemeinsame Abwehr aller grenzüberschreitenden Gefahren.

Mangel an Selbstvertrauen?

Wie gegen die als «zentralistisch» apostrophierten Organisationen UNO und EU bricht bei der Opposition auch gegen die NATO ein tiefes Misstrauen durch. **Dass der Sicherheitsbericht ausdrücklich an der Neutralität festhält und den Beitritt zum atlantischen Bündnis als staatspolitisch unmöglich und sicherheitspolitisch nicht zwingend bezeichnet, dämpft den polemischen Eifer derjenigen nicht, denen bereits eine Kooperation mit Dritten als Teufelswerk erscheint.** Aber sollten nicht sogar diejenigen, die Traditionen zu Recht hochhalten, einsehen, dass sich die Zeiten manchmal ändern? Kann unser Massstab zur Beurteilung internationaler Friedensbemühungen wirklich die eigene Selbstgefälligkeit sein, mit der wir uns vergangener Leistungen rühmen, um dann mit Schock und Selbstmitleid zu reagieren, wenn sich der «Rest der Welt» erlaubt, die Dinge anders zu sehen? Sollte nicht endlich auch die Opposition erkennen, dass wir zumindest **in Sachen Selbstbehauptung längst nicht mehr «Weltspitze»** sind,

Truth in Kosovo: Is It Halftime?

If you run with the dogs, you can get fleas. Little more than a year ago, the U.S. Department of State declared the KLA to be a terrorist organization involved in, among other things, drug smuggling operations. Yet ultimately, the KLA provided targeting information for the bombing campaign and U.S. air power was liberally employed, providing air support to the KLA units. Now we see whispers in the news that KLA members are accusing their leaders of having attained high positions by assassinating rivals, and there appears to be a difference of views concerning the future role of the KLA. The KLA may become the source of new problems and we may wish that we had used higher selection standards in choosing allies. In short, the KLA must be disarmed and disbanded – not «demilitarized».

Major General J.D. Lynch, Jr., U.S. Marine Corps (Retired), August 1999

wie ihre Inserate suggerieren, und dass man international nicht bewundert werden, sondern **aufgrund lagegerechter Leistungen respektiert sein muss, um seine Sicherheitsinteressen durchzusetzen?**

Stärkt es wirklich unsere Position, wenn wir alle Schwierigkeiten, die sich aus dem Übergang von der strategischen Abschreckung zwischen den Mächten zur Stabilisierung von Regionen ergeben, gleich mit dem besserwisserischen «Da seht Ihr's» bedenken und oft mit Häme alle jene Staaten und deren Streitkräfte abqualifizieren, die nicht zuletzt auch für uns die Kastanien aus dem Feuer holen? Haben wirklich nur wir Schweizer das Wesen des Krieges begriffen?

Sollen wir einfach leugnen, dass sich Europa seit der strategischen Wende auch in punkto Sicherheit in Richtung auf fruchtbare wechselseitige Zusammenarbeit der Nationen entwickelt hat, obwohl diese seit langem auch unseren ureigenen Interessen dient?

Glaubt die Opposition gegen den neuen Sicherheitsbericht wirklich, dass alle übrigen neutralen Kleinstaaten auf Souveränität und Handlungsfreiheit weniger Wert legen als wir Schweizer? Nur weil jenen selbstverständlich ist, dass, wer zum eigenen Wohle mit andern zusammenarbeitet, sich noch lange nicht selbst aufgibt, sondern im Gegenteil seine Chancen wahrnimmt, um seine eigenen Ziele leichter und rascher zu erreichen? Sieht sie nicht, dass wer sich an der Schwelle zum Jahr 2000 (!) einigeln will, weil er «draussen» überall nur Feinde sieht, im Grunde nur seine Zukunftsangst und sein mangelndes Selbstvertrauen demonstriert? Verfolgungswahn als Sicherheitsprinzip? Wir werden aber den Wandel im europäischen Sicherheitsgefüge auch durch Autismus nicht aufhalten, wir werden uns nur selbst ausgrenzen.

Wo bleibt die Würde?

Auch betreffend Würde der Schweiz ist man im Lager der Opposition einäugig: «Frei wie die Väter» sind wir Schweizer ja schon lange nicht mehr. Den Alleingang zu predigen und laufend im «autonomen Nachvollzug» doch das zu tun, was andere ausgehandelt und entschieden haben, ist kaum ein eigenständiger, eher ein unwürdiger Zustand. Kürzliches Beispiel die Balkankonferenz vom Juli 1999. Obwohl die Schweiz Tausende von Menschen aus der Region beherbergt und bereits grosszügige Hilfe geleistet hat, musste unser Aussenminister um Gleichberechtigung am Entscheidungsprozess betteln. Wer immer à la carte essen will, ist am gemeinsamen Tisch eben nicht sonderlich gefragt. Ähnliches gilt seit langem auch im Militärbereich: Wir können unsere Berufsoffiziere, unsere Luft- und Panzerwaffe, unsere Grossen Verbände allein schon lange nicht mehr kampfgenügend ausbilden. Wir sehen uns gezwungen, auf bizarre und zweitklassige Art (siehe Gelbmützen in Bosnien und Swisscoy in Kosovo) an internationalen Friedensmissionen teilzunehmen, wobei wir uns der höhnischen Verwunderung der übrigen beteiligten Streitkräfte aussetzen, weil wir sogar den Selbstschutz durch fremde Soldaten gewährleisten lassen müssen. **Und nun will die Opposition uns gar zumuten, in Zukunft auf einen noch strikteren Alleingang zurückzufallen, der nun wirklich nichts mehr bringen würde, ausser noch mehr Isolierung und Wehrlosigkeit gegenüber zahlreichen transnationalen Gefahren!**

Dieselben Leute, die ständig für den Erhalt einer möglichst reinen Kampfarmee plädieren, nehmen in Kauf, dass Schweizer Soldaten im Ausland zu Hilfsdienern werden. Aber davon abgesehen: Wovor soll uns die Armee «aus eigener Kraft» denn schützen? Vor dem «weltmeisterlichen Gegner», von dem man im AAL Luzern spricht? Vor einer Koalition uns feindlich gesinnter Staaten? Vor «fremden Bürgerkriegen» auf unserem Territorium, wie sie die Opposition beschwört? Vor Erpressungen mit drohenden High-Tech-Waffen oder ABC-Fernbeschuss? Das alles hat mit Würde nichts, mit Verkennung unserer Lage aber sehr viel zu tun. Auch die Opposition weiss im Grunde genau, dass, wenn es wieder einmal ernst gelten sollte, wir auf jene angewiesen sind, denen sie Verständnis für unsere heutigen Kapriolen und unser Abseitsstehen zumutet. Sie weiss, dass wir nicht zuletzt dank ihrer Haltung in mühsamen Einzelabsprachen zu erreichen suchen müssen, was alle umliegenden Staaten durch grenzüberschreitende Zusammenarbeit betreffend Verbrechensbekämpfung längst erreichten. Und warum diese verquere Situation? Weil eine schlagwortgewaltige und werbemächtige Minderheit, eine merkwürdig apathische Vielzahl dazu gebracht hat, anachronistische und isolationistische Verhaltensweisen als echt schweizerisch zu akzeptieren, während selbst Verantwortliche es kaum wagen, entschlossen für die längst fälligen Korrekturen einzutreten. Um so stolzer zitieren sie die Komplimente von Ausländern für unsere bescheidenen militärischen Sicherheitsbeiträge und wollen offenbar gar nicht wissen, wieviel diplomatische Höflichkeit dahinter steckt.

Die «Freiheit der Väter», die uns die Opposition anpreist, die sich vor allem auf eine Art Kriegslust stützte, gibt es Gott sei Dank schon lange nicht mehr. Seit geraumer Zeit hat aber auch der Wehrwille gelitten. Man wird das bedauern, wieder herzaubern kann man ihn auch mit markigen Sprüchen nicht. Was hilft, ist nach den Gründen zu suchen und unsern durchaus willigen und positiv denkenden jungen Männern eine Zukunftsperspektive und der Armee jene zeitgemässe Motivation zu geben, wie sie im Bericht 2000 mit ihrem dreiteiligen Auftrag klar vorgezeichnet ist. Diese Motivation liegt nicht zuletzt auch in der allgemeinen Akzeptanz des naheliegenden überstaatlichen Zusammenwirkens zum Zwecke der Herstellung grösserer Sicherheit für alle.

Mythenbeschwörung statt Lernen aus der Geschichte?

Die Kritiker der neuen Sicherheitspolitik werden nicht müde, unsere Vergangenheit zu beschwören. Gerade betreffend Selbstbehauptung tischen sie aber vornehmlich Mythen auf. Es stimmt zwar, dass sich die Schweiz mit bewaffneter Neutralität (gepaart mit Konzessionen an den potentiellen Gegner) aus dem Zweiten Weltkrieg

heraushalten konnte. Es stimmt wahrscheinlich, wenn auch vorderhand kaum bewiesen, dass unsere Abhaltestrategie der Dissuasion in der Angriffsplanung des Ostens eine dämpfende Rolle spielte, obwohl sie – wie schon damals bekannt – sowohl übersprungen wie unterlaufen werden konnte. Es stimmt aber nicht, dass die Eidgenossen bisher nur autonome Sicherheitsrezepte verfolgten. So haben Anfang letztes Jahrhundert die Kantone begriffen, dass ihre eigene Kavallerie und Artillerie weder bezahlt werden konnte noch ausreichte, um sie zu verteidigen. Immer weitere Truppen samt Ausbildung und kollektiver Bewaffnung wurden einer eidgenössischen Armee übertragen. Langsam, aber stetig setzte sich die Erkenntnis durch, es sei sinnvoller, sich an den Aussengrenzen des Landes gemeinsam zu verteidigen als auf den eigenen Bergen auf einen überlegenen Feind zu warten. Und warum hat wohl General Guisan, gewiss auch für AUNS-Mitglieder ein unverdächtiger Zeuge, für den Notfall eines deutschen Angriffs die militärische Zusammenarbeit mit den Franzosen vorbereitet?

Für eine gemeinsam erarbeitete moderne Sicherheitspolitik

Einwände lassen sich auch gegen die Sicherheitspolitik 2000 finden; Kosten-Nutzen-Überlegungen sind legitim. Aber aufgrund von Ideologien oder Einzelproblemen existentiell wichtige Zukunftslösungen zu verunmöglichen, verstösst gegen die staatspolitische Verantwortung.

Die eigenen Interessen verlangen, dass wir die Chancen nützen, die uns als Kleinstaat auch auf dem Gebiet der Sicherheit offenstehen. Sie liegen darin, dass wir **von Demokratien umgeben sind, mit denen wir ohne Scheu zusammenarbeiten können;** dass just im Moment, wo die Bedrohung unsere Abwehrkräfte massiv übersteigt, friedenssichernde Organisationen auch unsere Selbstbehauptung kostengünstig ermöglichen helfen; und nicht zuletzt darin, dass wir im Rahmen der «Partnerschaft für den Frieden» unsern Rückstand im Militärwesen zielgerichtet aufholen können; dass also – wie es der Bericht 2000 ausdrückt – strategische Notwendigkeit und strategische Gelegenheit heute optimal übereinstimmen.

Voraussetzung ist aber nicht nur, dass sich die Opposition mit den erwähnten Fragen auseinandersetzt; **auch die Befürworterseite hat noch Erklärungsbedarf.** Sie muss die Kernelemente der Strategie der «Sicherheit durch Kooperation» anschaulich erläutern. Sie muss nicht zuletzt diejenigen Punkte klären helfen, die im Übergang zur praktischen Anwendung zu schwierigen Entscheiden Anlass geben: Vor allem die **Anerkennung des Übergangs von der Welt der Staaten zur Welt gemeinsamer Probleme,** die Definition staatlicher Souveränität in einem immer stärker vernetzten Umfeld, unseren neutralitätsrechtlichen Spielraum bei der Wahrung eigener Sicherheitsinteressen sowie die neuen Konzepte der «Umfassenden Flexiblen Sicherheitskooperation» (UFS) und der «Friedensunterstützung» im Spektrum der 1992 von der WEU betreffend Konfliktverhütung und Krisenbewältigung definierten sogenannten «Petersberger Aufgaben».

Die Befürworter haben weiteren Präzisierungsbedarf in der **konkreten Ausgestaltung der verschiedenen Instrumente der Sicherheitspolitik.** Sie müssen sagen, welche **Kernfunktionen** (nicht nur Kernkompetenzen) die Armee XXI zu erfüllen hat, was «Aufwuchsfähigkeit» bedeutet oder wie Bund, Kantone und Gemeinden in der Inneren Sicherheit stärker zusammenarbeiten werden. Die aufgrund der neuen strategischen Konzeption zu erarbeitenden Leitbilder und neuen Strukturen dürfen nicht lange auf sich warten lassen, obwohl intelligenter und konstruktiver Imput überall noch möglich und erwünscht ist.

Mit einseitigen Abqualifizierungen sind die anstehenden Probleme nicht zu lösen. Jeder sicherheitspolitische Verantwortungsträger ist im Gegenteil aufgerufen, am Dialog teilzunehmen und die Grundfragen unserer künftigen Sicherheit aus seiner Sicht zu beantworten, damit sich auch Laien eine Meinung betreffend die vorgeschlagene Lösung bilden können. **Wachsamkeit war bis anhin auch für uns der Preis der Freiheit; konstruktive Teilnahme an möglichst präventiver, wechselseitig sich verstärkender Friedenssicherung im In- und mit dem Ausland kommt heute dazu. Auch sicherheitspolitisch darf die Schweiz nicht zum Entwicklungsland werden.**

[1] Blocher, Christoph, Strategischer Studienbericht zur Weiterentwicklung schweizerischer Sicherheitspolitik. April 1998. ■

Postulat: Sicherheitspolitischer Bericht «SIPOL B 2000»

Der Bundesrat wird ersucht, einen grundsätzlich neubearbeiteten Sicherheitspolitischen Bericht vorzulegen, in welchem die durch den NATO-Krieg gegen die schweren und andauernden Menschenrechtsverletzungen in Jugoslawien ausgelösten weltweiten Veränderungen in der sicherheitspolitischen Fragestellung Berücksichtigung und Antworten für Morgen und Übermorgen finden.

Begründung: Der SIPOL B 2000, der am 10. Juni 1999 veröffentlicht worden ist, berücksichtigt die Entwicklungen nach dem Ende des Kalten Krieges, einer Phase die weitgehend von Hoffnungen und Illusionen gekennzeichnet war und die auch den Bericht der Kommission Brunner trägt. Es muss aber mit Gewissheit davon ausgegangen werden, dass der Kosovo-Krieg der NATO zu einem eigentlichen Paradigmawechsel geführt hat. Für den Stand der heutigen Erkenntnisse ist der Bericht nicht genügend. Neues Denken ist angesagt. Eine Neubesinnung der Verhältnisse innerhalb der EU, der EU zur WEU und der EU zu den Grossmächten der Welt, Veränderungen des Verhältnisses der Mitgliedstaaten innerhalb der NATO und insbesondere zu den USA, als dominierende Macht lassen die Umformung der Umrisse der bisherigen Sicherheitsarchitektur erahnen. Die weggedachte russische Armee hält den Flugplatz von Pristina und meldet sich mit Vorlage dieses Pfandes als Mitspieler des Machtdominos zurück.

Nachdem der Sicherheitspolitische Bericht die Grundlage für die Neukonzeption unserer Armee darstellt und damit mit nicht zu überschätzenden Auswirkungen für unser Land und sein Volk verbunden ist, verlangt unsere staatspolitische Verantwortlichkeit, dass wir wenigstens die heute klar veränderten Lageentwicklungen in den Denkansätzen der strategischen Beurteilung mitberücksichtigen. Alles andere wäre eine Beschränkung auf eine Vorbereitung auf die Vergangenheit, die wir uns weder heute noch morgen leisten können. Eine sofortige Anhandnahme der Aufgabe ist zwingend, da sich ein Verzug ebenfalls nicht verantworten lässt.

Nationalrat J. Alexander Baumann, Thurgau, vom 18. Juni 1999